



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 21 -

Kiel, 2. Juli 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1141
(0431) 988 1152
Fax (0431) 988 610 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

N E U

über die

*103. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 1. Juli 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:20 Uhr

Der Ausschuss stellte seine Beschlussfassung darüber, zum Antrag der Fraktion der CDU und dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Drucksachen 18/2691](#) und [18/2736](#), **Fürsorgepflicht des Dienstherrn wahrnehmen - Justizvollzugsbedienstete nicht allein lassen**, zusätzlich eine mündliche Anhörung durchzuführen, bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Die Ausschussmitglieder diskutierten über das weitere Verfahren im Zusammenhang mit den Beratungen des Gesetzentwurfs der Fraktion der PIRATEN zur **Abschaffung der Fünf-Prozent-Sperrklausel bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/385](#). Die weiteren Beratungen hierzu wurden zurückgestellt.

Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, **Entwicklung und Gefahren des Extremismus in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/3054](#), zusammen mit dem Verfassungsschutzbericht in einer seiner Sitzungen nach der Sommerpause aufzurufen und zu beraten.

Den Bericht der Landesregierung, **Schleswig-Holstein in Europa - Europapolitische Schwerpunkte, Europabericht 2014 - 2015**, [Drucksache 18/2976](#), nahm der Ausschuss abschließend zur Kenntnis.

Der Ausschuss nahm außerdem einen Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten und der Landespolizei zur **Einsatz beim G-7-Gipfel in Lübeck** entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an. Der Antrag des Abg. Dr. Breyer, zum Bericht der Humanistischen Union, [Umdruck 18/4404](#), eine schriftliche Stellungnahme des Ministeriums einzuholen, wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN abgelehnt. Der Antrag des Abg. Dr. Breyer, einen Vertreter der Humanistischen Union in den Ausschuss einzuladen, wurde ebenfalls mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimme der PIRATEN abgelehnt.

Der Ausschuss beschäftigte sich erneut mit der **Vergabe von Notarztdienstleistungen im Raum Lübeck**.

Er nahm außerdem einen **Bericht des Ministeriums für Inneres und Bundesangelegenheiten über die Innenministerkonferenz im Juni 2015** entgegen.

Die Ausschussmitglieder schlossen ihre Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU, **Ergänzungen der Themenschwerpunkte der Sportministerkonferenz**, [Drucksache 18/2848](#), ab. Der erste Teil des Antrags wurde dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP zur Ablehnung empfohlen. Der zweite Teil des Antrags wurde dem Landtag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN zur Ablehnung empfohlen. Insgesamt empfahl der Ausschuss dem Landtag damit mehrheitlich die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU, Ergänzungen der Themenschwerpunkte der Sportministerkonferenz, [Drucksache 18/2848](#).

Auch die Beratungen zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU, **Evaluation des Sanierungsstaus bei Sportstätten in den Kommunen**, [Drucksache 18/1951](#), wurden abgeschlossen. Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag, die Antwort der Landesregierung zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Antrag der Fraktionen von PIRATEN und FDP, **Kein Eingriff in die informationelle Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger durch „Section Control“ auf unseren Straßen**, [Drucksache 18/2694](#) (neu) - 2. Fassung, schloss er sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses an.

Die Ausschussmitglieder schlossen auch ihre Beratungen zum Antrag der Fraktion der CDU, **Kommunalkpaket des Bundes sachgerecht und schnell umsetzen**, [Drucksache 18/2916](#), ab. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN empfahl der Ausschuss in Übereinstimmung mit den Voten der beteiligten Ausschüsse dem Landtag, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss beschloss die Durchführung folgender Anhörungen:

- Mündliche Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/2778](#)

(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen - Termin für die Anhörung nach der Sommerpause)

- Schriftliche Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/3055](#)

(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen, Frist zur Abgabe der Stellungnahme: 15. September 2015)

- Schriftliche Anhörung zum Tätigkeitsbericht 2013/2014 der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein

[Drucksache 18/2912](#) - (Kapitel 1, Änderungsvorschläge zum AGG)

(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen, Frist zur Abgabe der Stellungnahmen: 15. September 2015)

- **Schriftliche Anhörung: Dem demografischen Wandel effektiv begegnen - Die Sportentwicklung in Schleswig-Holstein vorantreiben und die Vereine fit für die Zukunft machen**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU

- [Drucksache 18/3030](#)

(Benennung der Anzuhörenden innerhalb von zwei Wochen, Frist zur Abgabe der Stellungnahmen: 15. September 2015)

Folgende Punkt setzte der Ausschuss von der Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamtengesetzes (LBG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drucksache 18/1247](#)

- **Entwurf eines Gesetzes zur Neufassung des Landesmeldegesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 18/2777](#)

Terminplanung	
Mittwoch, 8. Juli 2015, 12:00 Uhr	Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses (u.a. Mündliche Anhörung „Demokratie lebt von Beteiligung“)

Unter dem Tagesordnungspunkt **Verschiedenes** beschäftigte sich der Ausschuss außerdem mit dem Vorschlag des Petitionsausschusses, sich im Wege der Selbstbefassung mit dem Betreuungswesen in Schleswig-Holstein zu befassen, Umdruck 18/4424. Er nahm in Aussicht, seine Beratungen dazu in seiner nächsten Sitzung fortzusetzen.

Schluss: 15:20 Uhr

gez. Dörte Schönfelder